

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**Gewerbeflächenentwicklung in Bremen**

Bremen verfolgt seit 1993 eine Gewerbeflächenpolitik, die sich am „Integrierten Flächenprogramm für Gewerbe und Dienstleistungen in der Stadt Bremen (IFP)“ ausrichtet. Das 2002 aufgestellte Nachfolgeprogramm „IFP 2010“ lenkt die Entwicklung eines bedarfsgerechten, regional und qualitativ differenzierten Gewerbeflächenangebots.

Das IFP 2010 ist ein erfolgreicher Baustein der wirtschaftsorientierten Strukturpolitik des Landes, mit der qualifizierte Arbeitsplätze neu geschaffen und gesichert, die Wirtschaftskraft gesteigert und die Steuereinnahmen spürbar verbessert werden. Bei der Finanzausstattung Bremens kommt den Gewerbesteureinnahmen eine tragende und zunehmend noch wachsende Rolle zu. Die Steuerschätzung unterstellt, dass die Gewerbesteureinnahmen in der Stadtgemeinde Bremen bis 2008 auf 300 Mio. € gesteigert werden. Damit würden die Steuereinnahmen der Stadtgemeinde zu 46 % aus der Gewerbesteuer finanziert werden. Um die Ziele der Steuerschätzung erreichen zu können, sind bei knapper werdender Finanzausstattung die besten Projekte zu fördern. Vor diesem Hintergrund sind die mit den Zielsetzungen des IFP 2010 verbundenen qualitativen und quantitativen Teilziele fortlaufend in ihrer Zielerreichung zu überprüfen.

Durch die strukturpolitischen Anstrengungen der vergangenen Jahre verfügt Bremen mittlerweile über ein weitgehend gutes Gewerbeflächenangebot. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten muss in den kommenden Jahren daher in einer weiteren Intensivierung der Vermarktungsaktivitäten, der inhaltlichen Qualifizierung der Flächen und in der Bestandsentwicklung liegen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. noch vor der Sommerpause die bereits in der Deputation geforderte umfassende Evaluierung der Programmumsetzung des IFP 2010 vorzulegen,
2. Gewerbeflächen bedarfsgerecht zu erschließen und damit die weitere Erschließung im Technologiepark derzeit auf die NUZ-Flächen zu begrenzen, den Büro-park Oberneuland nicht weiter auszubauen und den ersten Abschnitt der Ar-berger Marsch zu realisieren,
3. die grundsätzlich zu Erschließung und Vermarktung verfügbaren Mittel vor-rangig dort einzusetzen, wo einerseits der höchste Return of Invest erwartet werden kann und andererseits private Investitionen initiiert werden,
4. eine Stärkung der Gewerbestandorte vorzunehmen, in denen stadträumlich und strukturell bzw. bezogen auf die Profilierung der Gewerbeflächenausstat-tung Defizite erkennbar sind,
5. für Standorte, die sich überregional vermarkten lassen und in denen mittelfris-tig ausreichende Gewerbeflächen zur Verfügung stehen, umfassende Vermark-tungsstrategien zu entwickeln und anzuwenden,
6. eine aktive Bestandsentwicklung in bestehenden Gewerbestandorten und die Umsetzung des Pilotprojektes „Entwicklung von Gewerbeflächen in privatem Bestand“ mit hoher Intensität zu verfolgen.

Sybille Winther, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU

Max Liess, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD